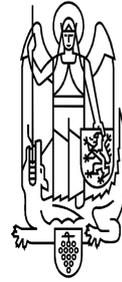


Stadtrat Jena

Beschlussvorlage Nr. 19/2240-BV



Einreicher:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion SPD, Fraktion DIE LINKE.

- öffentlich -

Jena, 15.05.2020

Sitzung/Gremium	am:
Werkausschuss Kommunalservice Jena	21.08.2019
	18.09.2019
Werkausschuss Kultur und Marketing	16.04.2019
	26.11.2019
	18.02.2020
Finanzausschuss	10.12.2019
	11.02.2020
Stadtrat der Stadt Jena	20.03.2019
	05.09.2019
	18.03.2020
	20.05.2020

beschlossen am 27.05.20

1. Betreff:

Jenas Märkte und Feste plastikfrei – Unterstützung von Mehrwegsystemen und abbaubaren Materialien

2. Bearbeiter / Vortragender: Fraktion B90/DIE GRÜNEN

3. Vorliegende Beschlüsse zum Sachverhalt:

4. Aufhebung von Beschlüssen: -

5. Gesetzliche Grundlagen:

6. Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt: (in EUR) ja nein

7. Realisierungstermin:

8. Anlagen: -

gez. Dr. Margret Franz / Heiko Knopf

**Vorsitzende der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen**

gez. Lena Saniye Güngör

Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE.

gez. Katja Glybowskaja

Vorsitzende der SPD-Fraktion

Der Stadtrat beschließt:

- 001** Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie der Leitsatz „Abfall gar nicht erst entstehen zu lassen“ im Stadtgebiet weitergehender als bislang verwirklicht werden kann. Dabei werden die möglichen Einflussnahmen durch die Stadt insbesondere bei Jenaer Märkten und Festen, aber auch bei Eigenbetrieben und Unternehmen im Einflussbereich der Stadt untersucht und ein rechtlich verbindlicher Beschluss vorbereitet.
- 002** Das Catering sowie der Verkauf von Speisen und Getränken auf Veranstaltungen der Stadt selbst, in Eigenbetrieben und Gesellschaften im Einflussbereich der Stadt (z. B. Freibäder) sowie bei städtischen Märkten und Festen soll zukünftig ohne mikroplastikhaltiges Wegwerfgeschirr und -besteck auskommen. Mehrweggeschirr wird gezielt unterstützt. Die Marktsatzung sieht in §10 Abs. 4 bereits die Ausgabe von Speisen und Getränken ausschließlich in wiederverwendbaren Verpackungen vor.
Der Oberbürgermeister wird daher beauftragt, sechs Monate nach Beschlussfassung im Stadtrat ein Konzept vorzulegen, wie diese Regelung zukünftig flächendeckend umgesetzt werden kann. Für diese Regelungen ist ein Zeitplan zur Umsetzung mit Übergangszeiten vorzulegen. 001 soll in das Konzept einbezogen werden.
- 003** Drei Monate nach der Beschlussfassung im Stadtrat wird eine Informationskampagne zur Vermeidung von Plastiktüten (Kunststofftüten) und Plastikgeschirr initiiert, bspw. in Kooperation mit der Verbraucherzentrale Thüringen.

Begründung:

Plastikverpackungen und Einweggeschirr benötigen je nach Kunststoff 100 - 500 Jahre um zu verrotten bzw. abgebaut zu werden. Neben wachsenden Müllbergen gibt es nach Angaben des Umweltbundesamtes weltweit rund 7,5 Millionen Tonnen Plastik in unseren Meeren und so auch auf unseren Tellern, da Fische Plastikteile, die sich im Wasser befinden, verschlucken. In Deutschland fallen laut dem Umweltbundesamt und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit derzeit jährlich im Durchschnitt 71 Plastiktüten pro Einwohnerin und Einwohner an. Dazu kommen vielfach formgepresste Einwegplastiken. Jährlich werden ca. sechs Milliarden Plastiktüten allein in Deutschland verbraucht. Nur ein geringer Teil davon wird recycelt oder thermisch verwertet. Etwa 90 Prozent der Plastiktüten landen auf Mülldeponien. Eine Plastiktüte wird dabei im Durchschnitt nur 25 Minuten lang benutzt.

Der Antrag zielt darauf ab, dass die Verwaltung und die Eigenbetriebe der Stadt Jena

mit ihren Möglichkeiten als Genehmigungsbehörde für Märkte und Veranstaltungen einen wesentlichen Beitrag zur Vermeidung von Plastikmüll leisten. Es gibt kostengünstige Alternativen, die Händlerinnen und Händlern ohne Probleme zumutbar sind. Das beweist beispielsweise das Pfandtassensystem, das auf dem Weihnachtsmarkt bereits gängig ist. In Jena etabliert sich zudem bereits ein Mehrweg-System für Stoffbeutel (Bag-Sharing in Kooperation mit der Lebenshilfe Weimar-Apolda und 4 Supermärkten/Einzelhändlern), das möglicherweise auch eine Alternative zur Plastikverpackungen sein kann.

In Kiel hat der Rat der Stadt schon 2014 einen weitgehenden Verzicht auf Plastiktüten und -verpackungen beschlossen und den Einzelhandel in einer groß angelegten Kampagne zum Mitmachen motiviert.

Während ein rechtlich verbindlicher Beschluss durch den Stadtrat einer detaillierten juristischen Vorbereitung bedarf, kann die Absicht die Bevölkerung umfassender und detaillierter als bislang zu informieren bereits zum jetzigen Zeitpunkt entschieden werden. Ebenso ist gegenwärtig schon die klare Zielstellung formulierbar und beschlussfähig. Der Antrag unterscheidet daher zwischen Prüfinhalten für einen zukünftigen Beschluss und bereits zum Zeitpunkt der Vorlage beschlussfähigen Konsequenzen.